Jahrbuch Naturschutz in Hessen 5: 19–28 Zierenberg 2000

Uwe Krüger (AK Naturschutz im BUND Hessen, NABU), Reinhard Eckstein (NABU-Kreisvorsitzender, BUND), Dr. Wolfgang Klein (BUND, NABU), Jürgen Könnemann (BUND, Mitarbeiter einer Unteren Naturschutzbehörde), Dr. Matthias Kuprian (BUND Frankfurt, NABU), Ingrid Rochlitz (BUND, NABU, Mitarbeiterin einer Unteren Naturschutzbehörde), Sibylle Winkel (BUND Offenbach)

Naturschutz zwischen Tradition und Innovation

Zusammenfassung

Im Aufsatz wird von der These ausgegangen, dass die großen Naturschutzverbände (im Mittelpunkt stehen BUND und NABU) einen Gestaltungsanspruch auf zu vielen Feldern reklamieren, was – auch angesichts der knapper werdenden Anzahl von Aktiven - zu Verzettelung führt und dem Problem des „Klein-Kleins" im Naturschutz nicht gerecht wird. Skizziert wird eine deutlichere Aufgabenteilung bzw. eine engere Kooperation zwischen dem Verbands- und behördlichen Naturschutz und zwischen verschiedenen Naturschutzverbänden, was eine Spezialisierung bzw. Ausdifferenzierung von BUND und NABU nahe legt. Gleichzeitig wird vor dem Hintergrund der gemischten Erfahrungen mit dem behördlichen Schutzgebietsmanagement und wegen der Notwendigkeit, die gestaltende Kraft des (Verbands-)Naturschutzes zu demonstrieren, eine Rückbesinnung auf traditionelle Arbeitsschwerpunkte empfohlen: Mit verbandseigenen Schutzgebieten, die im Zuge der Privatisierung öffentlicher Aufgaben durchaus im Trend liegen könnten, soll der Naturschutz verstärkt auch unabhängig von einer land- und forstwirtschaftlichen Nutzung möglich werden und der Öffentlichkeit Landschaftsbilder und Naturerlebnisse anbieten können, die „Naturschutz sichtbar machen" und seine gesellschaftliche Akzeptanz verbessern.

Jahre des haupt- und ehrenamtlichen Naturschutzes liegen hinter uns – und damit wächst das Bedürfnis, Bilanz zu ziehen über den Erfolg der damit verbundenen Anstrengungen.

Hier machen sich angesichts der Entwicklungen der letzten Jahre gewisse Zweifel breit – die zur Frage führen, ob nur die von außen gesetzten Bedingungen oder auch die vom (Verbands-)Naturschutz selbst gesteckten Ziele und formulierten Strategien die Wirkung des eigenen Handelns einschränken. Dazu einige Anmerkungen, die nur teilweise speziell für Hessen gelten. Sie spiegeln zugegebenermaßen auch Eindrücke und Stimmungen wieder und sind nicht durchgängig Ergebnis einer ausgefeilten Analyse.

Die guten Jahre - Aufbruchstimmung in den siebziger und achtziger Jahren

Das waren noch Zeiten: In Westdeutschland Hüttendörfer und Anti-Atomkraft-Demonstrationen mit Hunderttausenden von Teilnehmern. Die "Ökologisierung der Gesellschaft" war angesagt, einer neuen Umweltpartei gelang der Einzug in die Parlamente, und der Umwelt- und Naturschutz hatte große Teile der Jugend auf seiner Seite. Die Mitgliederzahlen von Umweltverbänden stiegen fast im Selbstlauf, und es gab sogar breite Nischen für neue Verbände (BUND, Greenpeace, Robin Wood ...), die rasch ausgefüllt wurden. Auch im Osten Deutschlands bildete sich eine Umweltbewegung. Und nichts deutete auf eine Trendwende hin ...

Die "Entdeckung der *Umwelt*" und die Politisierung der Umweltbewegung blieb nicht ohne Folgen für den *Naturschutz*. In Westdeutschland entdeckte z.B. auch der altehrwürdige "Deutsche Bund für Vogelschutz" die Notwendigkeit einer Beschäftigung mit den abiotischen Ressourcen und verstand sich immer stärker als „politischer" Verband.

Unter dem Eindruck von umweltpolitischen (Mobilisierungs-)Erfolgen, die in diesen Jahren möglich waren und als solche wahrgenommen wurden, wuchs die Überzeugung von der eigenen Stärke – und es bildete sich in großen Teilen des Verbandsnaturschutzes eine Haltung heraus, die seinerzeit auch von den Autoren begrüßt wurde:

- Der Naturschutz musste "raus aus den Reservaten" und beanspruchte eine Zuständigkeit auf "100 % der Fläche" – was eine kritische Auseinandersetzung mit der Land- und Forstwirtschaft, mit den Folgen der industriellen Produktion, der Verkehrs- und Energiepolitik sowie mit den Gründen der umweltfeindlichen Ausrichtung der Gesellschaft beinhaltete. – Dabei war die Hinwendung zur Landwirtschaft auch Folge der Erkenntnis, dass die Artenvielfalt eng mit (historischen) Formen der Landnutzung zusammenhing.
- Weitere "Eingriffe" waren nach Möglichkeit abzuwehren und (sofern dies nicht gelang) zumindest auszugleichen – wobei der Ausgleich in der Nähe des Eingriffs zu platzieren und dadurch „auf 100 % der Fläche" zu verteilen war.
- Auch wenn sie in Teilen des Naturschutzes ein etwas angestaubtes Image hatten, mussten neue Schutzgebiete her (möglichst viele natürlich!).
- Der Kampf um jede Art blieb eine Selbstverständlichkeit.
- Und weil das alles noch nicht reichte, waren auch noch internationale Projekte anzupacken.

Mit diesen Ansprüchen nahm sich der Naturschutz etwas vor, was - böse formuliert - als "Allzuständigkeitswahn" bezeichnet werden könnte, tendenziell auf jeden Fall in Richtung "Rettung der Welt" ging - und mit der idealistischen (teilweise romantischen) Grundhaltung und dem hohen moralischen Impetus vieler Natur-

schützer korrelierte. Da man unter der Last derartiger Ziele schnell zusammenbrechen kann (v.a. dann, wenn sie zunehmend unerreichbar erscheinen), verwundert die Märtyrer-Haltung wenig, die ebenfalls zur Persönlichkeitsstruktur mancher Naturschützer gehört.

Die aktuelle Situation - Ernüchterung

Vor dem Hintergrund der damaligen Grundstimmung (die vor allem die Generation der heute Vierzig- bis Fünfzigjährigen erfasst haben dürfte) ist die heutige Situation bescheiden und die Stimmung vieler Naturschützer entsprechend gedrückt:

- Wer meinte, Umwelt- und Naturschutz über eine „Gesellschaftsveränderung" erreichen zu können, wird in jeder Nachrichtensendung beim Verlesen der Aktiennotierungen daran erinnert, dass heute *diese* und nicht irgendwelche „fundamentaloppositionellen Mätzchen" hoch im Kurs stehen.
- Hinsichtlich der abiotischen Ressourcen gibt es gewisse Erfolge bei der Luftreinhaltung und vor allem beim Zustand der (Fließ-)Gewässer, aber die Dynamik von Landschaftsverbrauch und -zerschneidung sowie der Abwärtstrend im Bereich des Bodenschutzes sind nicht ansatzweise gestoppt.
- Stichwort "Naturverträgliche Landnutzung": Der Ökolandbau hat sich ausgeweitet – aber in den letzten Jahren vor allem dank "Öko-Schlägen" im Osten mit Größenordnungen, die wenig mit der vom Naturschutz so hoch geschätzten "Kulturlandschaft" zu tun haben. Überhaupt: Die Möglichkeit, Naturschutz in Kombination mit einer landwirtschaftlichen Nutzung zu betreiben, nimmt in dem Maße ab, wie für die Gunstlagen der Zwang zu Weltmarktorientierung sowie weiterer Intensivierung steigt und im Gegenzug für viele Grenzertragsstandorte die Aufgabe der landwirtschaftlichen Produktion immer wahrscheinlicher wird. Das Leitbild „Wildnis", das im Naturschutz derzeit an Bedeutung gewinnt, ist Ausdruck dieser Erkenntnis. - Der naturgemäße Waldbau konnte in Hessischen Staatsforsten zwar als Standard verankert werden, aber dafür lauert heute am Horizont der Verkauf von Staatsforsten an Private, die Forstwirtschaft dann weitgehend nach ihren Vorstellungen betreiben dürften.
- Die Anzahl der Naturschutz-Gebiete hat sich erhöht – doch ihre Qualität gibt oft zu denken, und angesichts von langfristig kaum gewährleisteten Pflegegeldern verheißt die Zukunft wenig Gutes. Neuausweisungen gibt es konsequenterweise kaum noch.
- Wirklich große Erfolge beim Flächenschutz gab es nur in den neuen Bundesländern (errungen von einer Hand voll ostdeutscher Naturschützer in einer historischen Ausnahmesituation) – doch kaum sind dort viele eindrucksvolle Schutzgebiete ausgewiesen, muss festgestellt werden, wie diese über die Eigentumsregelung (Verkauf der ehemaligen Treuhandflächen an Private) von innen ausgehöhlt zu werden drohen.
- Die Zahl der aktiven Naturschützer nimmt ab: Naturschutzbehörden werden abgespeckt (was mit einem deutlichen Rückgang der ihnen zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel einhergeht), und die Aktiven in den Verbänden werden weniger, da nicht wenige von ihnen aus Frust oder Altersgründen aufgeben und Jüngere nicht im gewünschten Maße nachrücken. Einige Verbände kompensieren diese Probleme mit neuen Formen der Mitglieder- bzw. Unterstützerwerbung - aber dabei werden in erster Linie *zahlende* Anhänger gewonnen, die angesichts der wenig erfreulichen Situation in den lokalen Verbandsuntergliederungen oft nicht einmal die Möglichkeit haben, sich aktiv in ihre neuen Verbände einzubringen.

Festzuhalten ist: In seinem "Umfeld" (Landnutzung, Landschafts- und Ressourcenverbrauch) ist der Naturschutz den gesteckten Zielen nur tendenziell näher gekommen. Gleichzeitig sind *innerhalb* seines "Kernbereiches" negative Tendenzen zu erkennen: In vielen Fällen befinden sich nicht einmal die Schutzgebiete und damit – so sollte man doch meinen (?!) - das Rückgrat des Naturschutzes in einem guten Zustand; Bannwälder – siehe Frankfurter Stadtwald – werden kurzerhand "abgeschafft". Nur gut, dass Deutschland und Hessen für den Zustand eines Teils der Schutzgebiete mittlerweile nicht mehr alleine verantwortlich ist (FFH).

Gründe der Diskrepanz zwischen Wollen und Wirklichkeit

Trösten kann sich der (Verbands-)Naturschutz immer noch damit, dass natürlich auch Erfolge erzielt wurden (dazu gehört im Rückblick der letzten 15 Jahre v.a. der Aufbau einer mehrstufigen Naturschutzverwaltung und die Eingriffsregelung). Außerdem sind die beschriebenen Probleme zum Teil Ausdruck von Entwicklungen, die sehr grundsätzlich angelegt sind und auch andere gesellschaftliche Teilbereiche betreffen. (Stichworte: Individualisierung und Vereinsmüdigkeit, zunehmender Berufs- und Alltagsstress, "Erlebnis- und Mediengesellschaft" mit attraktiven Konkurrenzangeboten insbesondere für die jüngere Generation, stockende ökonomische Entwicklung - verschärft durch die deutsch-deutsche Vereinigung - und damit teilweise zusammenhängend die Dominanz anderer politischer Top-Themen.)

Und trotzdem stellt sich die Frage, ob die aktuelle Situation nicht auch Ausdruck strategischer Schwächen ist: Wer sich für alles verantwortlich fühlt, muss auch gegen alle möglichen Bedrohungen anstreiten - Straßenbauer, Fichtenförster, Hobbyflieger, Heckenvernichter, Güllebauern, Krähenschießer ... Es gibt tatsächlich eine unendliche Zahl von guten Gründen, sich mit mehr oder weniger mächtigen Interessengruppen sowie mehr oder weniger großen Bevölkerungsgruppen (Umgehungsstraßen!) anzulegen. Wirklich problematisch wird es aber, wenn nicht ausreichend klar gemacht werden kann, *wofür* diese Naturschützer eigentlich sind. Und hier gibt's ein entscheidendes Defizit, das unseres Erachtens mit dem beschriebenen Zustand des "Rück-

rates des Naturschutzes" zusammenhängt: Naturschutz*behörden* haben zwar "ihre" Naturschutzgebiete - aber diese unterscheiden sich in den Augen von Laien in vielen Fällen nicht von umliegenden "Normal-Flächen", insbesondere dann, wenn sie land- oder forstwirtschaftlich genutzte bzw. „gepflegte" Flächen beinhalten. Naturschutz*verbände* haben fast keine oder nur handtuchgroße, verstreut liegende "Referenzflächen" - also Gebiete, in denen *sie* Natur gestalten und dadurch einen optisch nachvollziehbaren Tätigkeitsnachweis erbringen können. Kurzum – "Naturschutz sieht man nicht!"

Dazu kommt dann noch eine ausgeprägte Bürokratisierung des Naturschutzes – was infolge des Rechtes auf Verbandsbeteiligung nach § 29 leider nicht nur für die Naturschutz-Behörden, sondern auch für die Verbände gilt.

Im Ergebnis werden Naturschützer in der öffentlichen Meinung zum Miesmacher, Paragraphenreiter und zu Personen, die gegen alles sind. Dies trägt wenig zur Attraktivität des Naturschutzes bei und ist mit dafür verantwortlich, dass er veraltet und für Politiker *aller* hessischen Parteien seit einigen Jahren kein Positivthema mehr ist. Wer wundert sich da eigentlich noch über den allerorts beklagten "Akzeptanz-Verlust"?

Wer der breiten Bevölkerung wenig zu bieten hat, verliert sie vielleicht auch schnell aus dem Blick ... Die starke "Nutzerorientierung" des Verbandsnaturschutzes hat vielleicht auch damit zu tun. Natürlich hängt sie auch mit der Erkenntnis zusammen, dass das Erreichen von Schutzzielen oft (aber längst nicht immer!) eine extensive Landnutzung voraussetzt, und sie ist auch Ausdruck des prinzipiell richtigen Bestrebens, Bündnispartner zu gewinnen. Und trotzdem: Warum eigentlich bemühen sich Behörden und die Verbände eher selten darum, "der Bevölkerung" durch Vorträge oder Führungen Informationen und Naturerlebnisse anzubieten? Die eher spärlichen Angebote sind zugegebenermaßen zwar teilweise Ausdruck der Erfahrung, dass Angebote nicht immer im gewünschten Maße angenommen werden (was neue Formen der Öffentlichkeitsarbeit nahe legt – Stichwort z.B.: „Nacht der Fledermäuse"). Sie scheinen unseres Erachtens aber auch Ausdruck des Problems zu sein, eigene Leistungen schlecht demonstrieren zu können, weil sie sich als Kleinstmaßnahmen in der Fläche verlieren oder als "verhinderte Eingriffe" niemals manifest wurden.

Summa summarum drängt sich der Verdacht auf, dass sich der (Verbands-)Naturschutz in den letzten Jahrzehnten vor allem in zweierlei Hinsicht überhoben hat:

Erstens war es sicherlich richtig, ihn in einen gesellschaftspolitischen Kontext zu stellen und all die vielen Punkte zu benennen und anzugehen, die es der Natur so schwer machen. Aber: Vieles zu sehen und zu wollen, ist das eine – daraus eine Strategie zu formulieren, die festlegt, welche *Haupt*ziele in welcher *Reihenfolge* durch *wen* anzugehen sind, ist etwas anderes! Eine derartige Strategie ist in Hessen nicht zu erkennen (die fehlende Landesanstalt für Naturschutz lässt grüßen) - und es gibt eigentlich nicht einmal eine Diskussion darüber, in deren Ergebnis zumindest die Abwesenheit einer solchen festgestellt werden könnte. (Übrigens wäre es vielleicht eine lohnende Aufgabe für das Naturschutz-Zentrum Hessen, eine solche Diskussion zu initiieren und zu moderieren - z.B. analog zum "Runden Tisch Naturschutz Niedersachsen" der Norddeutschen Naturschutzakademie?)

Zweitens hat der Verbandsnaturschutz in Deutschland und in Hessen angesichts seiner vielen selbstgestellten Aufgaben, die u.a. zu einer deutlichen Politisierung des Verbandsnaturschutzes geführt haben, ein traditionelles Feld unterschätzt - nämlich die *vielfältige* Bedeutung von ausgewiesenen *und eigenen* Schutzgebieten, nicht nur für die Natur, sondern auch für ihn selbst (dazu unten mehr)!

Neue (oder alte?!) Strategien des Naturschutzes

Die Bedingungen sind schwieriger geworden — und die Ressourcen knapper. Wie würden darauf z.B. Wirtschaftskapitäne oder Militärs bei ihren Planspielen reagieren? Das Muster ist oft das gleiche: Entweder werden bestimmte Geschäftsfelder aufgegeben bzw. Frontabschnitte begradigt oder neue Allianzen geschmiedet — durch Fusionen bzw. Militärpakte. In der Naturschutzverbandsszene scheinen gelegentlich andere Reaktionen vorzuherrschen. Es ist zumindest auffällig, dass in den letzten Jahren trotz (oder wegen?!) der Krisenerscheinungen im Naturschutz die Konturen der großen Verbände zunehmend verwischen. Jeder trägt einen ähnlichen Bauchladen mit sich herum: Auenschutz, Biber, Nationalpark Kellerwald — was bitte darf´s denn heute sein? Gleichzeitig wird zwar viel von "Allianzen" geredet. Aber diese wollen dann z.B. BUND und NABU gleichermaßen mit "aufgeschlossenen Wirtschaftsunternehmen" schließen. Warum werden nicht in einem ersten Schritt viel entschiedenere Bemühungen unternommen, im eigenen Lager eine Aufgabenteilung bzw. (damit zusammenhängend) eine engere Kooperation anzustreben?

"Doppelarbeit" wird oft genug auch zwischen Behörden und Verbänden geleistet. Dies gilt insbesondere im Zusammenhang mit der Eingriffsbewertung, bei der nicht selten hauptberufliche und ehrenamtliche Naturschützer die gleichen Bebauungspläne studieren und ähnliche Stellungnahmen fabrizieren. Natürlich kann dabei der eine dem anderen den Rücken stärken oder der eine etwas schreiben, das der andere nicht schreiben darf - Doppelarbeit ist es trotzdem.

Schwerpunktsetzung / Verzicht auf Nebensächlichkeiten

Nahe liegen könnte vor dem Hintergrund der erschwerten Bedingungen vielmehr als Erstes eine realistische Schwerpunktsetzung (was jetzt v.a. für die Verbände gilt): Welche Arten, Biotope und Flächen haben eine besondere Aufmerksamkeit verdient? Hier sei z.B. auf die Überlegungen Martin Flades verwiesen, der mit

Blick auf Verbreitungskarten einzelner Arten in nachvollziehbarer Weise die besondere Verantwortung des deutschen Naturschutzes für bestimmte (Vogel-)Arten und die von ihnen benötigten Biotope betont (Martin Flade: Verantwortung des Artenschutzes in Europa; in: Großtiere als Landschaftsgestalter – Wunsch oder Wirklichkeit. Berichte aus der Bayerischen Landesanstalt für Wald und Forstwirtschaft, Nummer 27, Freising 2000, S. 93 ff.).

Hinsichtlich der Flächen sollte überlegt werden, ob nicht weit stärker als bisher funktionale und räumliche Zusammenhänge der als wichtig erachteten (Schutz-)Gebiete berücksichtigt werden sollten. Auf lokaler und regionaler Ebene sind derartige Ansätze bereits erkennbar (Beispiele: in Mittelhessen die Biotopbrücke Lahn-Ohm oder die Renaturierungsbestrebungen im Bereich der Lahn; in Südhessen der neue Landschaftsplan des Umlandverbandes Frankfurt mit erstmals ausgewiesenen Biotopverbundflächen). Mit Blick auf ganz Hessen wäre das Stichwort hier „landesweites Biotopverbundsystem" (als auch *räumlich* miteinander verbundene Flächen), das im Rahmen des neuen Bundesnaturschutzgesetzes ohnehin als Aufgabe für die Länder formuliert werden dürfte.

Auf die genannten Arten und Flächen kann aber nur dann ein besonderes Gewicht gelegt werden, wenn umgekehrt (und das wird weh´ tun!) andere Objekte ausgeblendet werden. Muss sich z.B. der hessische Naturschutz (abgesehen von Marketing-Gesichtspunkten) um den Fischadler kümmern? Martin Flade geht hier noch weiter, wenn er dafür plädiert, „durchaus bewusst auch einmal Arten in Deutschland verschwinden zu lassen, die sich nur mit sehr großem Aufwand hier halten ließen, für deren Bestand Deutschland aber nur eine untergeordnete Rolle spielt" (Quelle s.o.).

Hinsichtlich der Flächen kommt ein Begriff aus einer niederländischen Quelle in den Sinn: "Weißes Gebiet – Agrargebiet ohne Naturfunktion". Warum nicht *gedanklich* (insbesondere bei der Frage, welche Verbandsbeteiligungen nach §-29 tatsächlich lohnen) das Land Hessen, die Landkreise und Kommunen in "Grüne Gebiete" und "Weiße Gebiete" unterteilen? Erstere könnten die aus Naturschutzgründen attraktiven Räume umfassen; ihr Flächenumfang würde dabei auf jeden Fall über die Vorrangflächen für den Naturschutz hinausgehen. Letztere könnten die aus Naturschutzsicht weniger bedeutsamen Areale umfassen, für die die Verbände zwar nach wie vor allgemein naturverträglichere Landnutzungsformen fordern würden, denen sie ansonsten aber keine größere Aufmerksamkeit mehr widmen würden (für die *Behörden* wird dies anders aussehen müssen). Man erahnt hier zwar z.B. schon die Proteste der Stadtökologen, die auf die Bedeutung diverser Industriebrachen als artenreiche Sonderstandorte hinweisen — könnte hier aber direkt kontern, dass sich diese Kleinode in der Regel ohne jedes Zutun des Naturschutzes entwickelt haben und auch zukünftig entwickeln dürften.

Arbeitsteilung zwischen den Verbänden

Neben einer Festlegung der zu bearbeitenden Schwerpunkte könnte eine weitere lohnende Aufgabe in der Klärung der Frage liegen, *wer* sich der verschiedenen Aufgaben annehmen sollte. Auf das Beispiel von BUND und NABU wurde nicht umsonst bereits verwiesen: Eigentlich ist es eine traurige Entwicklung (wenn auch aus der Geschichte heraus verständlich), dass *die* beiden großen deutschen Umwelt-/Naturschutzverbände für die breite Öffentlichkeit nicht mehr zu unterscheiden sind. Auch die eigenen Mitglieder (vor allem die vielen, die eine Mitgliedschaft in beiden Verbänden haben) sollen damit gelegentlich Schwierigkeiten haben — zum Beispiel dann, wenn die Verbandszeitschriften in´s Haus flattern und angesichts der weitgehend gleichen Werbeanzeigen, Themen und Verbandspositionen nur noch ein Blick auf das Deckblatt Auskunft darüber gibt, wessen Zeitschrift man gerade in den Händen hält. Insbesondere wegen der durch BUND und NABU proklamierten Ausrichtung auf Natur- *und* Umweltthemen werden letztendlich beide Verbände zu den gleichen "eierlegenden Wollmilchsäuen".

Hinsichtlich dieser beiden Verbände dürfte das gelten, was für die Verbandsszene im Naturschutz grundsätzlich Bedeutung hat: "Der Naturschutz" ist letztendlich eine bestimmte Anzahl von Menschen, die als Ehren- oder Hauptamtliche einen Teil der ihnen zur Verfügung stehenden Lebenszeit für die Sache hergeben. Der Naturschutz verfügt insofern über *endliche* personelle Ressourcen. Da diese im Verbands- und Behördenbereich derzeit abnehmen, ist es mittlerweile noch weniger als früher sinnvoll, wenn Mitarbeiter verschiedener Verbände die gleiche Angelegenheit bearbeiten — und anschließend am besten noch viel Zeit benötigen, um die (sich oft nur in Nuancen unterscheidenden) Auffassungen für die Präsentation in der Öffentlichkeit miteinander abzustimmen!

Eigentlich gibt es in schlechten Zeiten, die eine Kräftebündelung nahe legen, doch nur zwei Gründe, die das Nebeneinander von verschiedenen Naturschutzverbänden rechtfertigen: Entweder gibt es unterschiedliche *Grund*positionen in Fragen des Naturschutzes, die dann zu verschiedenen Meinungsbildern in Einzelfragen und möglicherweise zu interessanten Diskussionen über den besten Weg zum gleichen Ziel führen. Oder die Verbände haben jeweils "ihre" abgegrenzten Arbeitsgebiete: Die Grenzen könnten regionaler Natur sein, sich aber auch an Themen oder Aufgaben festmachen. So könnten sich Verbände z.B. auf Flächenerwerb *oder* politische Lobbyarbeit, auf Naturschutz im Ausland *oder* im eigenen Land konzentrieren.

Was das Verhältnis von BUND und NABU angeht, ist hier durchaus noch eine radikalere Variante denkbar: Der NABU besinnt sich wieder seiner eigentlichen Wurzeln (Naturschutz = Schutz der *biotischen* Ressourcen), und der BUND konzentriert sich auf das Themenfeld, das ihn zumindest in der ersten Zeit nach seiner Gründung vom NABU unterschied — den Schutz der *abioti-*

schen Ressourcen - incl. Verkehrs- und Abfallpolitik, vielleicht sogar Landwirtschaftspolitik . (In einigen Bundesländern sind Konturen einer derartigen Aufgabenteilung bereits erkennbar, und auch in Hessen kümmert sich der BUND schwerpunktmäßig um den Frankfurter Flughafen und der NABU um das Thema FFH.)

Eine derartige Aufgabenteilung bietet sich auch deshalb an, da sich der Erwerb und die Gestaltung von Naturschutzflächen oder der Schutz von Arten weit weniger gegen Machtstrukturen dieser Gesellschaft richten als der Kampf gegen harte Formen von Energieerzeugung und Mobilität. Warum also alles in einen Sack stecken – und dadurch Bevölkerungskreise und Teile des „Establishments" vergraulen, die bei enger gesteckten Zielen aktive und einflussreiche Mitstreiter für den Naturschutz sein könnten? Hängt die im Vergleich mit einigen anderen westeuropäischen Staaten signifikant geringere Mitgliederquote in hiesigen Naturschutzverbänden vielleicht auch damit zusammen?

Schon wegen der Aussicht auf noch unerschlossene Mitgliederpotentiale dürfte dem NABU eine solche Schwerpunktverlagerung relativ leicht fallen. Auf der Funktionärsebene von Landesverbänden und Bundesverband wird es zwar mittelschweren Widerstand geben, denn dort ist man stolz darauf, das Image der Nur-Naturschützer überwunden zu haben. Was die breite Mitgliedschaft angeht (einschließlich vieler Aktiven in den Orts- und Kreisgruppen) könnte es allerdings ganz anders aussehen: An der Basis hat es zu keinem Zeitpunkt größere Begeisterungsstürme ausgelöst, wenn man auf Pressemitteilungen (für konkrete Bemühungen auf unterer Ebene hat´s in der Regel ohnehin nur selten gereicht) des NABU-Bundesverbandes zu Energie- oder Abfallfragen stieß. Eher war es sogar umgekehrt: Nicht wenige (ältere) Mitglieder finden sich bis heute nur eingeschränkt in ihrem thematisch "aufgeweiteten" Verband zurecht. Und warum soll es nicht auch einen großen *Naturschutz*verband in Deutschland geben, der vom Interesse seiner Mitglieder an der Natur und am Naturerleben zusammengehalten wird und sich der sehr anspruchsvollen und durchaus nicht unpolitischen Aufgabe annimmt, in einer immer komplexer werdenden Gesellschaft moderne Naturschutzkonzepte zu entwickeln und umzusetzen?

Dem BUND würde unter den derzeitigen Bedingungen ein "Aufgeben" des Naturschutzes sehr schwer fallen. Denn im Widerspruch zur öffentlichen Schwerpunktsetzung auf dem Feld des Umweltschutzes sind viele der Aktiven in diesem Verband letztendlich doch *Natur*schützer - oder werden zumindest durch ein emotional bestimmtes Verhältnis zur Natur zum Engagement innerhalb des Verbandes getrieben. Wenn sich die Aktiven dauerhaft nur noch mit Abwassersatzungen, Abfallfragen, Verkehrskonzepten oder dem Zusammenhang von Umwelt und Gesundheit beschäftigen sollen, ist davon auszugehen, dass dies für viele zu wenig ist, um sie langfristig zu einer ehrenamtlichen Tätigkeit zu motivieren. Ganz zu schweigen von der "Vermarktbarkeit" der genannten Tätigkeitsfelder (Einwerben von Spendengeldern) in einer Zeit, in der Umweltthemen an Bedeutung verlieren.

Wenn eine ausschließliche Konzentration des BUND auf den Umweltschutz aus diesen Gründen unmöglich und die Beobachtung richtig ist, dass die Mitglieder im Vergleich zu den NABU-Mitgliedern weit stärker die Rolle des BUND als politischen Verband betonen, kommt noch eine andere Aufgabentrennung zwischen NABU und BUND in Frage: Der NABU macht den „braven" Umwelt- und vor allem Naturschutz (und sichert sich politischen Einfluss auch ohne schrille Töne aufgrund einer dadurch breiteren Mitgliedschaft), und der BUND spielt den bösen Buben, der sich viel ausgeprägter auch weniger gefälligen Themen annimmt und dabei "radikaler" auftritt.

So oder so – für den BUND sind beide Varianten mit großen Risiken verbunden. Insofern würde eine Aufgabenteilung in der beschriebenen Weise eine neue Qualität der Kooperation der beiden Verbände voraussetzen — z.B. in Form eines Dachverbandes, der über beiden Verbänden schwebt und ggfs. auch einen Finanztransfer gewährleisten müsste. Wäre eine solche Konstruktion – und nicht die Fusion zum „NABUND" – nicht einmal ein interessantes Thema?

Es ist *derzeit* auf jeden Fall ein ziemlich theoretisches Thema, das in den nächsten Jahren kaum eine Realisierungschance besitzt. Angesichts der knapper werdenden (Personal-)Ressourcen liegen kleine Lösungen viel näher: Gemeinsame Sitzungen von BUND- und NABU-Ortsgruppen, gemeinsame Projekte, Arbeitskreise oder Kreisgeschäftsstellen –vielleicht sogar einmal Regionalgeschäftsstellen?

Wenn über Naturschutz in Hessen geredet wird, ist natürlich auch die "Hessische Gesellschaft für Ornithologie und Naturschutz" (HGON) als dritter wichtiger Naturschutzverband zu erwähnen (wobei ähnliche Gesellschaften in einer Reihe anderer Bundesländer existieren). Die HGON unterscheidet sich hinsichtlich ihrer Struktur (kein "Mitgliederverband") deutlich von den beiden anderen genannten Verbänden, ist thematisch aber insbesondere vom NABU kaum abzugrenzen — was dann (natürlich!) zu Revierstreitigkeiten führt (Stichworte: Biber, Ornithologie). Welche Arbeitsteilung sich hier herausbilden könnte, ist derzeit kaum absehbar.

"Naturschutz muss sichtbar und erlebbar werden"

"Naturschutz, den man nicht sieht" — das wurde oben als eine der zentralen Ursachen für den Akzeptanzverlust und die aktuell unbefriedigende Lage des Naturschutzes bezeichnet. Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass der *Bevölkerung* (nicht irgendwelchen Spezialisten) viel deutlicher vor Augen geführt werden sollte, was der Naturschutz macht und kann - nicht nur für die "Natur", sondern auch für die "Menschen".

Der Naturschutz muss daher nicht zu knapp über Flächen verfügen, die sich optisch deutlich von der (Durchschnitts-)Kulturlandschaft unterscheiden – was in

vielen Fällen segregative Strategien voraussetzt. Die Flächen müssen Landschaftsbilder und Arteninventare aufweisen, die auch für Laien erkennbar werden lassen, dass es hier spezielle Qualitäten gibt, die *dem Naturschutz* zu verdanken sind.

Eigentlich sollten die ausgewiesenen Naturschutzgebiete in der Lage sein, Naturschutz sichtbar zu machen. Dem steht aber entgegen, dass

- auch hier in vielen Fällen eine land- oder forstwirtschaftliche Nutzung stattfindet, die in den Augen von Nicht-Fachleuten zu den üblichen Landschaftsbildern führt,
- die Flächen oft klein sind und verstreut in der Landschaft liegen - ein Besuch durch "Zivilisten" ist daher oft nicht oder nur schlecht möglich (und in vielen Fällen wegen der Angst vor "Störungen" nicht einmal erwünscht),
- Grund der Ausweisung oft der Schutz "kleiner" Tiere oder Pflanzen ist, die für viele Menschen wenig aufregend sind und oft nicht wahrgenommen werden (können),
- "große" Tiere in größeren Schutzgebieten zwar vorhanden sind, aber z.B. im Fall von Rothirschen oder Wildschweinen in der Regel nicht anders als allgemein üblich "behandelt" werden (also praktisch während des ganzen Jahres einem hohen Jagddruck unterliegen) und daher nicht wahrnehmbar sind; im Falle anderer Arten (z.B. Wasservögeln) fehlen in der Regel spezielle Besuchereinrichtungen, die ein unmittelbares Erleben ermöglichen könnten,
- viele Gebiete entsprechend des Pflegeplans in einem stabilen Zustand gehalten werden und sich im Laufe der Jahre nur wenige *Veränderungen* – deren Miterleben ja auch für Naturschutz-Laien interessant sein kann - ergeben.

Aus all diesen Gründen sind unsere Schutzgebiete häufig keine Gebiete, die für die Öffentlichkeit besondere Attraktionen bereithalten. (Die vor einigen Jahren diskutierte Idee von speziellen "Naturerlebnisgebieten" *neben* den ausgewiesenen Naturschutzgebieten war sicherlich Ausdruck dieser traurigen Situation.) Ein Gegenmodell sind hier die so genannten "Naturentwicklungsgebiete", die in den Niederlanden seit einigen Jahren insbesondere im Bereich größerer Fließgewässer eingerichtet wurden (hier spielen auch Hochwasserschutzaspekte eine Rolle). Sie zeichnen sich dadurch aus, dass

- sie primär auf Flächen zu finden sind, die aus der landwirtschaftlichen Nutzung genommen wurden (teilweise auch zur Sand- oder Tongewinnung) und sich anschließend weitgehend unbeeinflusst entwickeln können — in ihnen finden sich mit beginnender Sukzession bereits nach kurzer Zeit auf großer Fläche Pflanzengesellschaften, die auf den üblichen land- und forstwirtschaftlichen Flächen nicht zu finden sind,
- die Flächen mindestens mehrere Dutzend, aber auch mehrere hundert Hektar groß sind und bewusst in der Nähe von Großstädten angelegt werden — damit die Bevölkerung sie für Erholung und Naturerlebnis nutzen kann (weshalb Zugangsbeschränkungen, die aus Artenschutzgründen längst nicht immer notwendig sind, in vielen Fällen fehlen),
- diese Gebiete oft im Eigentum von Naturschutzverbänden oder verwandten Organisationen sind bzw. gegeben werden, die durch eine intensive Öffentlichkeitsarbeit auch Laien auf die kleinen und großen Dinge in diesen Gebieten hinweisen,
- "große" Tiere als "Schlüsselarten" auf den Flächen heimisch gemacht werden ("Wild-"rinder und –pferde in natürlichen Sozialverbänden, gelegentlich auch Rothirsche), die die Sukzession steuern bzw. bremsen sollen und gewissermaßen ein Markenzeichen der Gebiete sind; sie kommen dem Umstand entgegen, dass verwöhnte Freizeitgesellschaften nicht nur Sichtbares verlangen, sondern auch Spektakuläres geboten bekommen wollen,
- die Gebiete als Wildnis- bzw. "NaturENTWICKLUNGSgebiete" Dynamik ermöglichen sollen - dadurch, dass sie sich im Zuge der Sukzession verändern, und dadurch, dass die vorhandenen Fließgewässer sich hier entfalten oder z.B. zur Entstehung von Flussdünen beitragen können. Die Gebiete verändern sich daher von Jahr zu Jahr (weshalb das Anlegen von Wegen nicht immer sinnvoll sind – hier können die Pfade der großen Pflanzenfresser als Grundlage der menschlichen Erkundung der Gebiete genutzt werden!) und bieten dadurch immer etwas Neues.

Die breite Öffentlichkeit — nicht irgendwelche zahlenmäßig kleine (wenn auch politisch einflussreiche) Nutzergruppen — ist auch der Haupt-Bündnispartner bei der Durchsetzung dieser Konzeptionen! Nur weil ihr etwas geboten wird ("Naturerlebnisgebiete statt Maisäcker") und der Naturschutz insofern "Dienstleister statt Verhinderer" ist, ist es politisch überhaupt durchsetzbar, in größerem Umfang landwirtschaftliche Flächen zu Naturentwicklungsgebieten zu machen. Ohne die explizite Funktion der Flächen als Erholungsgebiete (die in den dicht besiedelten Niederlanden besonders wichtig sind) würde die Gesellschaft niemals die für den Flächenerwerb notwendigen Mittel in beträchtlicher Höhe zur Verfügung stellen.

Derartige Gebiete sind für *Teile* der Bundesrepublik, wo es eher darum geht, noch vorhandene Natur zu sichern als "neue Natur" zu schaffen, eine weniger nahe liegende Option (sind aber z.B. für das Rhein-Main-Gebiet, wo sich aktuell ein größerer Bedarf an Ausgleichsflächen abzeichnet, eine sehr nahe liegende Option!), weshalb auf sie hier nicht näher eingegangen wird. An ihrem Beispiel sollte nur verdeutlicht werden, über welche Qualitäten Schutzgebiete verfügen sollten, damit sie nicht nur für Naturschutz-Spezialisten von Interesse sind.

Die Grenzen einer behördlichen Schutzgebietsbetreuung

Sind Behörden in der Lage, Gebiete in der skizzierten Art und Weise zu präsentieren bzw. zu entwickeln (nur dieses ist gemeint, wenn im Folgenden von "Behördennaturschutz" gesprochen wird)? Dafür sprechen positive Resultate in einigen Großschutzgebieten, die mit einer eigenen Verwaltung ausgestattet sind. Doch insbesondere Erfahrungen mit dem behördlichen Management von Flächen unterhalb der Großschutzgebietsebene lassen hier leider Zweifel aufkommen:

- Behörden sind - was mit Strukturen und nicht mit den dort arbeitenden Menschen zusammenhängt - nicht unbedingt ein Hort der Kreativität. "Gestalten statt verwalten" - das wäre schön, doch es bleiben trotz der Versuche, alte Strukturen aufzubrechen, Zweifel, ob dies jemals im wünschenswerten Ausmaß möglich sein wird.
- Viel entscheidender: Kreativität der behördlichen Naturschützer wird nicht nur durch interne Strukturen, sondern auch durch Machtverhältnisse verhindert. Die für den Naturschutz zuständigen Mitarbeiter in Regierungspräsidien oder Kreisverwaltungen müssen immer wieder die Erfahrung machen, in ihren Verwaltungen letztendlich eine Minderheit zu sein. Die Arbeitszufriedenheit hält sich entsprechend nicht selten in Grenzen - was keine gute Voraussetzung für aktives und innovatives Handeln ist.
- In allen "grünen" hessischen Behörden breitet sich Frustration wegen der vollzogenen oder noch anstehenden Verwaltungsreformen aus; ein Ende dieses Spuks ist nicht absehbar. Auch dies lässt Zweifel an der Verlässlichkeit einer behördlichen Schutzgebietsbetreuung aufkommen.
- Behördennaturschutz ist weiterhin ein Naturschutz, der immer unmittelbar von der politischen Großwetterlage abhängig ist. Und hier haben die letzten Jahre deutlich gemacht, was mit "Schutzgebieten" in kurzer Zeit passieren kann, wenn öffentliche Flächen in den Kernzonen von Schutzgebieten versilbert werden sollen, Finanzhaushalte zusammengestrichen und der Mitarbeiterstab für die Betreuung der Gebiete langsam, aber stetig verringert wird. Auch die letzten Wahlen in Schleswig-Holstein, in dem das "Zurechtstutzen" des Wattenmeer-Nationalparks eines *der* Wahlkampfthemen war, zeigte deutlich: Gebiete, die nicht qua Eigentumsverhältnisse, sondern nur per Verordnung geschützt sind, lassen sich (sofern Europäisches Recht dem nicht entgegensteht) schnell wieder zum Schlechteren verändern.
- Ein letztes (für andere westeuropäische Länder vielleicht weniger ausgeprägtes?) Problem lag und liegt darin, dass die behördlichen "Naturschützer" von ihrer Ausbildung her nicht selten "Naturnützer" sind – vor allem Förster und Agrarwissenschaftler. Ohne den großen persönlichen Einsatz und die Erfolge vieler dieser "Nützer-Schützer" in Abrede stellen zu wollen, soll doch einmal provokativ und verkürzt formuliert werden: Die Förster können sich nicht Naturschutzgebiete ohne mehr oder weniger traditionelle Formen der Jagdausübung vorstellen, und die Agrarwissenschaftler nicht Naturschutzgebiete mit Sukzessionsflächen ...

Nur *ein* Ausdruck der fehlenden "Gestaltungskraft" der zuständigen Landesbehörden ist die seit Jahrzehnten unveränderte Präsentation der bestehenden NSG´s (mit Ausnahme weniger großer Schutzgebiete): Ein grün-weiß-schwarzes Schild und ansonsten vor allem eine in Behörden-Deutsch formulierte Auflistung dessen, was in dem Gebiet *verboten* ist. Führungen sowie andere Events (z.B. im Grenzbereich von Kunst und Kultur) in den Gebieten durch die zuständigen Mitarbeiter oder Informationsbroschüren sind die große Ausnahme und angesichts der knappen Personal- und Finanzmittel auch kaum leistbar.

Warum vor dem Hintergrund dieser Erfahrungen nicht eine andere Arbeitsteilung andenken? Die Behörden sind irgendwann in ferner Zukunft primär für die Regional- und Landschaftsplanung verantwortlich, bearbeiten die Eingriffe auf "100 % der Fläche" und setzen für alle Eingriffe Ausgleichs-/Versiegelungsabgaben fest (dazu unten mehr). Die Verbände beschäftigen sich auf der politischen Ebene nur bei wirklich großen Vorhaben parallel mit den Eingriffen (sie werden also nicht unpolitisch) und konzentrieren sich ansonsten auf das *Gestalten* innerhalb der "Grünen Gebiete" (was allerdings mit ehrenamtlichen Strukturen nicht zu gewährleisten sein wird). Natürlich ist eine derartige ausschließliche "Eingriffs-Verwaltung" für die Mitarbeiter in Naturschutzbehörden keine angenehme und imagefördernde Angelegenheit - aber deshalb heißt es ja am Anfang dieses Absatzes "irgendwann in ferner Zukunft": Da die Herausbildung eines größeren hauptamtlichen Apparats und eine Übernahme der Verantwortung für einen relevanten Teil der Schutzgebietsflächen den Verbandsnaturschutz für eine lange Zeit überfordern wird, ist in den nächsten Jahrzehnten ohnehin von einem Nebeneinander des staatlichen und Verbands-Flächenschutzes auszugehen.

Und vielleicht - dafür sprechen die Erfahrungen aus Großbritannien und den Niederlanden - ist ja auch ein *dauerhaftes* Nebeneinander beider Ansätze sinnvoll: Konkurrenz belebt das Geschäft – wenn es einmal dazu kommen sollte, dass Verbände "ihre" Schutzgebiete anders und für die Öffentlichkeit attraktiver gestalten, würden hierdurch Standards gesetzt, die mit großer Wahrscheinlichkeit auf die staatlichen Schutzgebiete zurückwirken.

Ausgleichsmaßnahmen: Nicht kleckern, sondern klotzen

Die Bedeutung großer zusammenhängender Naturschutzflächen — nicht nur für die Gewährleistung ökosystemarer Prozesse, sondern auch für das Naturerleben — wurde bereits betont. Wie sind derartige Flächen zu realisieren?

Der Blick richtet sich hier schnell auf die Eingriffsregelung, die die Durchführung von Ausgleichsmaßnahmen zur Kompensation der Eingriffe zulässt und dabei (trotz Aufweichungen dieses Prinzips in den letzten Jahren) immer noch den räumlichen Zusammenhang von Eingriff und Ausgleich betont. Die Folgen sind bekannt: Die "Eingreifer" sind auf der oft schwierigen Suche nach einer Vielzahl von Ausgleichsflächen, und Naturschutzbehörden haben Eingriff und Ausgleich zu genehmigen - sich also mit der gleichen Vielzahl von Fällen zu beschäftigen.

Im *besseren* Fall kommt es anschließend zur Realisierung der Maßnahmen — wobei einige Planer in der letzten Zeit bekanntlich eine beachtliche Raffinesse dabei entwickelt haben, den gesamten "Ausgleich" auf drei Meter breiten Streifen um das geplante Gewerbegebiet herum zu vollziehen oder ihn gleich *auf* das neuerrichtete Gebäude zu packen (Stichwort Dachbegrünung). Falls es tatsächlich zum Kauf und zur Aufwertung von Flächen kommt, liegen diese nicht selten dort, wo sich die schlechtesten Böden der Gemarkung befinden — und landschaftliche Strukturelemente ohnehin noch zu finden sind oder vielleicht schon in wenigen Jahren landwirtschaftliche Nutzflächen in größerem Maßstab brach fallen. Im *schlechteren* Fall kommt es überhaupt nicht zur Umsetzung der Ausgleichsmaßnahmen — ohne dass die Naturschutzbehörden angesichts ihrer personellen Situation in der Lage oder auch gewillt sind, diesem Vollzugsdefizit mit ausreichender Konsequenz zu begegnen.

Ist "Eingreifern" und Naturschutz mit dieser Praxis gedient?! Den Eingreifern höchstens dann, wenn sie sich tatsächlich um den Ausgleich herummogeln können, dem Naturschutz nur bedingt. Denn im besten Fall wird auch bei dieser Praxis "Naturschutz" auf 100 % der Fläche" verteilt — mit dem Ergebnis, dass sich die Maßnahmen (zumindest dort, wo die Gemarkungen noch nicht total ausgeräumt sind) in der Landschaft derart gut einfügen, bis sie verschwunden sind und auch dieser Naturschutz für die Öffentlichkeit nicht "sichtbar" ist.

Vielleicht würde es einmal lohnen, als Alternative zu überdenken, den Ausgleich grundsätzlich zu monetarisieren und zu einem festgelegten, größeren Teil in einen landesweiten Naturschutz-Fonds (vielleicht auch Stiftung o.ä.) fließen zu lassen, der zusätzlich mit Lotto-Mitteln und anderen eingriffsunabhängigen öffentlichen Zuflüssen gespeist wird? Mit diesen Geldern ließen sich dann Flächen erwerben, die innerhalb des ökologischen Verbundsystems des Landes liegen und entweder — wenn sie kleiner sind — schmalere Lücken in diesem System füllen oder — wenn sie groß sind — selbst relevante Teile des Systems ausmachen könnten. Auf jeden Fall würden sie der Schaffung großer bzw. zusammenhängender Naturgebiete dienen, die dann — siehe oben — viel eher in der Lage sind, ökosystemare Prozesse *und* einen für die Öffentlichkeit attraktiven Naturschutz zu ermöglichen. Auf den beachtlichen Verwaltungsaufwand, der sich bei diesem Vorgehen einsparen lassen dürfte, wenn standardisierte und nicht zu komplizierte Verfahren zur Berechnung der Abgabe angewandt würden, sei hier nur am Rande verwiesen.

Diesbezüglich lohnt ein Blick nach Schleswig-Holstein, wo die vom Land Anfang der 80er Jahre gegründete Naturschutz-Stiftung mittlerweile auf der Grundlage einer landesweiten Verbundplanung 16.000 ha Land erworben hat (im Wesentlichen mit Erträgen aus dem Stiftungskapital) und teilweise bereits zu Flächen mit einer Größe von vielen hundert Hektar arrondieren konnte.

Eine andere mögliche Finanzierungsquelle für neue "Naturräume" könnte sich aus internationalen Verpflichtungen und Förderprogrammen zum Hochwasserschutz ergeben (z.B. InterReg): Wenn in Auen neuer Retentionsraum geschaffen wird – was (siehe unten) nicht immer mit einer Nutzung kollidieren muss – stehen hierfür auch internationale Töpfe zur Verfügung.

Apropos: Die Vorstellung, Ausgleichsmittel vor allem in Flächen zu investieren, kollidiert diametral mit einer in Hessen aktuell geführten Diskussion: Nicht der ungebremste Flächenverbrauch durch Infrastruktur, Wohn- und Gewerbegebiete (wofür Landwirte oft genug ohne größere Widerstände oder sogar mit zwei lachenden Augen Flächen hergeben), sondern die in diesem Zusammenhang notwendigen Ausgleichsflächen für Naturschutzmaßnahmen werden von der Landwirtschaftslobby zur Existenzfrage erhoben. Mit Erfolg, denn der behördliche Naturschutz auf Landes- und RP-Ebene hat sich allem Anschein bereits weitgehend damit abgefunden, dass ein Ausgleich zukünftig am besten nur noch im Wasser (Fischtreppen) oder in Form einer etwas naturverträglicheren Land*nutzung* (Umwandlung von Acker in Grünland; Umwandlung von Nadelholz- in Laubholzforste) vollzogen werden soll.

Letzteres muss nicht grundsätzlich schlecht sein – denn z.B. die Einrichtung großflächiger extensiver Weidesysteme auf bisherigen Maisäckern in Flussauen ist eine naturschutzfachlich interessante Maßnahme. Gleiches kann für eine ackerbauliche Nutzung gelten, wenn sie (siehe das Beispiel von geplanten "Feldhamster-Ausgleichsflächen" bei Wiesbaden) nach Vorgaben erfolgt, die durch den Naturschutz formuliert wurden. Aber für den Erwerb und die Herausnahme von land- oder forstwirtschaftlicher Nutzfläche aus der Bewirtschaftung muss etwas übrig bleiben! Wenn – zugespitzt formuliert – zukünftig die Reduzierung von Stickstoffgaben auf Getreideäckern schon ein "Ausgleich" sein soll, wird für große Würfe nicht mehr viel übrig bleiben.

Vergesellschaftung des Naturschutzes

Sollte der Verbandsnaturschutz zukünftig eine wichtigere Rolle beim Flächenschutz übernehmen, stünde dies in Übereinstimmung mit aktuellen politischen Tendenzen, die von allen großen Parteien mehr oder weniger einhellig vertreten werden. Auch im Naturschutz würde damit eine "Verschlankung der Verwaltung", ein "Zurückziehen des Staates auf seine Kernaufgaben" bzw. eine "Aufgabenübertragung an effektiver arbeitende Dritte" erfolgen.

Die Anführungszeichen sollen bereits eine Distanz zu diesen Formeln zum Ausdruck bringen. Wenn öffentliche Aufgaben an Wirtschaftsunternehmen delegiert werden, die letztendlich gewinnorientiert arbeiten, muss der Beweis noch erbracht werden, ob der Gesellschaft damit tatsächlich gedient ist oder ob es primär um die Verteilung attraktiver Geschäftsfelder geht. Verlässt sich der Staat bei der Umsetzung seiner Naturschutzpolitik in größerem Maße auf mitgliederstarke und gemeinnützige gesellschaftliche Organisationen, handelt es sich dabei eher um eine "Vergesellschaftung" als um eine "Privatisierung" des Naturschutzes — mit einem viel angenehmeren Beigeschmack.

Beispiele für *größere* verbandseigene Schutzgebiete gibt es in Deutschland im Vergleich mit anderen Ländern kaum, obwohl der Naturschutz in Deutschland in seinen Anfängen genauso stark wie in anderen Staaten auf eigene Gebiete setzte. Warum dies so ist, müsste noch einmal systematisch erarbeitet werden. Teilweise wird es mit den traurigen Jahren zwischen 1933 und 1945, teilweise mit der Unmöglichkeit derartiger Gebiete in der ehemaligen DDR zusammenhängen. Es ist aber sicherlich auch Ergebnis dessen, dass in Teilen des westdeutschen Naturschutzes der "Reservatsnaturschutz" zeitweise regelrecht verpönt war — es war ja "Naturschutz auf 100 % der Fläche" angesagt.

In anderen Ländern haben sich Verbände derartige Exkurse erspart und mittlerweile über 100 Jahre hinweg konsequent ihre Schutzgebiete zusammengekauft. Beispiele sind vor allem die Niederlande und Großbritannien (denen in letzter Zeit nicht umsonst größere Beachtung geschenkt wird). Diese Beispiele sind mutmachend — denn im Vergleich mit der Bundesrepublik sind viele Gebiete dort

- besser geschützt, da sie im *Eigentum* der *Verbände* sind und weniger leicht über politisch motivierte Änderungen der Schutzgebiets-Verordnungen entwertet werden können,
- interessanter für die Öffentlichkeit, da der Naturschutz "Herr im Hause" ist. Dadurch lassen sich dort Landschaftsbilder finden oder herstellen, die in der genutzten Normallandschaft fehlen, und der Naturschutz kann z.B. dafür sorgen, dass sich die Jagdausübung alleine an Naturschutzbelangen orientiert. Im Ergebnis ist es z.B. in den Niederlanden an verschiedenen Stellen für Naturbesucher relativ leicht, wild lebende Rothirsche zu erleben (obwohl dort im ganzen Land keine 1500 Exemplare leben). Und Großbritannien ist für seine "Verbands-Schutzgebiete" bekannt, in denen es viele und gute Möglichkeiten der (Wasser-)Vogelbeobachtung gibt. Überhaupt ist die Kultur der "Naturpräsentation" in beiden Ländern ausgeprägter als in Deutschland — vielleicht Resultat dessen, dass Schutzgebiete dort auch von Verbänden "vermarktet" werden?

Schutzgebietssystem der Verbände mit Hilfe des Staates

Können Verbände angesichts ihrer beschränkten finanziellen Kapazitäten überhaupt in den Besitz großer Flächen kommen? Und welche Folgekosten sind mit dem Flächenbesitz verbunden?

Auch hier hilft ein Blick in´s Ausland: Der größte niederländische Naturschutzverband "Natuurmonumenten" (NM) hat seinen Flächenbesitz (derzeit 70.000 ha) nur teilweise mit eigenen Mitteln erworben bzw. durch Schenkungen und Vererbungen erhalten. Gerade in den letzten Jahren wird der Verband dabei kräftig durch die niederländische Regierung unterstützt: Für jeden Gulden, den der Verband für Flächenkäufe ausgibt, legt der Staat noch einen `drauf. Aus seiner Sicht ist das logisch und vorteilhaft. Denn im staatlichen "Maßnahmeplan Naturschutz", der die Leitlinien der Naturschutzpolitik für die nächsten dreißig Jahre entwarf (ob es eine derartige Planung jemals für die Bundesrepublik geben wird?), wurde 1990 festgelegt, dass bis 2020 mehrere 100.000 ha Land zusätzlich dem Naturschutz zu widmen sind. Dieses ist am ehesten garantiert, wenn die Gebiete im Besitz "des Naturschutzes" sind (wobei aber auch Instrumente des Vertragsnaturschutzes zum Einsatz kommen) und durch technische Maßnahmen (z.B. Einrichtung von Flachgewässern) in ihrer naturschutzfachlichen Bedeutung aufgewertet und gegen zukünftige konkurrierende Nutzungen geschützt werden. Unter diesem Gesichtspunkt sind die Gulden aus dem Staatssäckel, die NM gegeben werden, gut angelegt: Dank der Kofinanzierung durch NM wird für die gleiche Summe öffentlicher Gelder eine doppelt so große Fläche für den Naturschutz gesichert, als dies sonst der Fall sein könnte.

Möglich ist nicht nur eine staatliche Unterstützung von Flächenkäufen durch Verbände, (die dafür notwendigen öffentlichen Mittel könnten unter anderem dem oben skizzierten Naturschutz-Fond / Stiftung entstammen), sondern auch eine Übertragung bestehender, im Landeseigentum befindlicher Flächen an Verbände (dies nicht nur durch Eigentumsübertragung, sondern eventuell auch im Rahmen langfristiger Betreuungsverträge). Derartige Lösungen wurden in Hessen in kleinem Maßstab bereits offiziellerseits in Erwägung gezogen (siehe FR-Artikel vom 19.07.2000: "Der Minister will sich zudem von schlecht verwertbaren Grundstücken trennen, deren Verwaltung teuer sei. So könne beispielsweise ein alter Steinbruch ebenso gut an einen Naturschutzverband verschenkt werden, sagte Weimar."). Auf *Bundes*ebene werden sie bald in großem Maßstab vorgenommen, wenn zumindest ein Teil der in Schutzgebieten liegenden ehemaligen Treuhand-Flächen in das Eigentum von Verbänden übergehen. So utopisch sind derartige Gedanken daher nicht — und aus Sicht der öffentlichen Flächenbesitzer hochattraktiv, wenn eine Betreuung durch Dritte kostengünstiger als in eigener Regie zu gewährleisten ist.

Die mit Besitz und Betreuung der Flächen verbundenen laufenden Kosten wären *teilweise* sicherlich

durch die öffentliche Hand zu erstatten. Ansonsten aber hätten die Verbände den Beweis anzutreten, dass sie durch andere Schutzkonzepte und Management-Maßnahmen Pflegekosten sparen können (Stichwort: halb offene Weidelandschaften, Wildnisgebiete mit und ohne großen Pflanzenfressern) oder durch eine größere Attraktivität der Gebiete für die Öffentlichkeit in der Lage sind, Einnahmen zu erzielen (geführte Exkursionen, Besucherzentren mit Bewirtung und Verkauf, Eintrittsgelder). In den Niederlanden erzielen Naturschutzverbände im Fall von verbandseigenen Gebieten, die dem Erhalt von *Kultur*landschaften dienen sollen, Einnahmen auch durch eine Verpachtung der Flächen an extensiv arbeitende landwirtschaftliche Betriebe.

Ein großer Vorteil derartiger Ansätze aus Sicht des Verbandsnaturschutzes: Die Verbände werden mit *ihrem* Personal, das zur Betreuung der verbandseigenen Schutzgebiete notwendig ist, zu Arbeitgebern und können dadurch dem in Teilen der Öffentlichkeit vorhandenen Image als "Arbeitsplatzvernichter" entgegenwirken.

Naturschutz in die Mitte der Gesellschaft

Die mit eigenen größeren Flächen zwangsläufig einhergehende Professionalisierung der Verbände dürfte u.a. die Folge haben, dass ein größerer hauptamtlicher Apparat die "Sprunghaftigkeit" bremsen könnte, die mit Veränderungen in den einflussreichen ehrenamtlichen Bundes- und Landesvorständen verbunden sind und die wahrscheinlich ein Grund sind, warum es dem Verbandsnaturschutz in Deutschland gelegentlich ein wenig an Kontinuität mangelt. Zweitens verlangt die Verwaltung eines größeren Immobilienbesitzes nach betriebs- und finanzwirtschaftlichen Qualifikationen. Wenn die Verbände verstärkt gezwungen sind, Banker und Manager in haupt- und ehrenamtliche Positionen zu rekrutieren, werden sie mit deren Hilfe vielleicht etwas leichter aus einer Ecke herauskommen, die naheliegende Folge eines stark "politisierten Naturschutzes" war, aber in der Ausgeprägtheit weder notwendig noch sinnvoll ist. Denn der - zumindest auf den ersten Blick - weniger stark ausgeprägte Einfluss- und Akzeptanzverlust des Naturschutzes in einigen Nachbarstaaten ist unter anderem vielleicht Folge dessen, dass dort auch Menschen mit konservativer Grundhaltung ohne größere Gewissensprobleme in den (großen) Naturschutzverbänden Mitglied sein und in Führungspositionen aufrücken können.

Warum auch nicht? Vielleicht würden Persönlichkeiten wie Franz Alt und Rita Süßmuth, die einem Naturschutzverband eine begrenzte Zeit ehrenamtlich vorstehen, interessante Impulse in den Verband hereintragen und manche Türe öffnen, die für Führungspersonen aus den eigenen Reihen verschlossen bleiben. Für die "Insider" warten auf der Ebene von Geschäftsführung und Fachreferaten genug anspruchsvolle Aufgaben!

Spätestens an dieser Stelle könnten die einen oder anderen meinen, dass der Naturschutz in eine gefällige, hausbackene und konservative Richtung gedrängt werden soll, die vielleicht sogar rückwärts gewandte Tendenzen in sich birgt.

Deswegen gleich der Hinweis, dass z.B. der Appell zu „Wildnis-/Naturentwicklungsgebieten" und zu verbandseigenen (Groß-)Schutzgebieten offensive Züge trägt, den Anforderungen nach dynamischen Konzepten im Naturschutz entspricht und sogar im Trend zu liegen scheint: Dies gilt im Weltmaßstab (siehe den Spiegel-Artikel vom 02.10.00: „Das gekaufte Paradies") und für das eigene Land, in dem der NABU in letzter Zeit Konzepte entwickelte, die der skizzierten Strategie teilweise entsprechen. Auf Bundesebene steht dafür die Gründung der Stiftung "Nationales Naturerbe", der Erwerb von großen Teilen des ehemaligen Truppenübungsplatzes Lieberose und die intensiven Kontakte mit dem niederländischen Naturschutzverband "Natuurmonumenten". Auf Landesebene passt der vom NABU-Hessen vollzogene Erwerb der Vogelsberger Teiche in die aufgezeigte Richtung.

Andere Teile des Verbandsnaturschutzes zögern hier allerdings. Dies ist deshalb so schade, da die aktuelle Situation zwar überwiegend Risiken, aber auch viele Chancen bereithält!

Ansprechpartner für alle VerfasserInnen:
Uwe Krüger
BUND Hessen
Arbeitskreis Naturschutz
Heuberg 13
35091 Cölbe

ZOBODAT - www.zobodat.at

Zoologisch-Botanische Datenbank/Zoological-Botanical Database

Digitale Literatur/Digital Literature

Zeitschrift/Journal: Jahrbuch Naturschutz in Hessen

Jahr/Year: 2000

Band/Volume: 5

Autor(en)/Author(s): Krüger Uwe, Eckstein Reinhard, Klein Wolfgang, Könnemann Jürgen, Kuprian Matthias, Rochlitz Ingrid, Winkel Sibylle

Artikel/Article: Naturschutz zwischen Tradition und Innovation 19-28